

Referent Penzig: Meine Herren! Wie bereits von den Herren Vorrednern erwähnt, werden Sie aus der Wärme, womit der Bericht abgefaßt ist, erkannt haben, daß die Deputation allerdings einige Berücksichtigung der Wünsche dieser Petenten sehr am Orte gehalten hätte; aber, meine Herren, die Deputation muß sich doch, den Blick auf das Ganze gerichtet, innerhalb der Grenzen halten, welche ihr dadurch vorgeschrieben sind. Wenn wir Angesichts eines zweifelhaften Abschlusses unseres Staatshaushaltes unsererseits die Regierung immer zu neuen Ausgaben durch starke Befürwortung von desfalligen Anträgen drängen wollen, so versündigen wir uns doch natürlich damit gegen die Rücksichten, die wir gegen das Ganze zu üben nothwendig haben. Das allein sind die Gründe gewesen, warum Ihre Deputation sich nicht hat entschließen können, den Antrag auf Erwägung zu stellen, trotzdem, daß viele Mitglieder sehr bedauern, die Gegend, die schon so nahe dem ersehnten Ziele war, wieder vergeblich gehofft haben zu sehen. Daß die ihr nahe stehenden Herren in dieser Kammer einen Antrag auf Erwägung bringen, verdanke ich ihnen nicht; aber daß Ihre Finanzdeputation, meine Herren, nach dem vorher Gesagten nicht in der gleichen Lage ist, die Kammer zu drängen, Anträge mit besonderer Wärme aufzunehmen, die neue Kosten verursachen, ohne daß dafür der Nachweis der unbedingten, dringlichen Nothwendigkeit für diese Finanzperiode bereits gegeben wäre, das, meine Herren, müssen Sie ihr doch zugestehen! Was den Ausdruck anbelangt: „die Muldenthaleisenbahngesellschaft ist verschwunden“, den ich mir als Referent in dem Bericht zu gebrauchen erlaubt habe, so ist es ja selbstverständlich, daß der Herr Abg. Dr. Meischner denselben nur so zu verstehen hat, als sei diese Gesellschaft eben nicht mehr im Besitze und Betriebe dieser Strecke. Ein anderer Gedanke kann diesen Worten nicht untergelegt werden. Die in dem Bericht mit abgedruckte Auslassung des Herrn Finanzministers ist allerdings in der Deputation nicht so aufgefaßt worden, als wenn damit die Regierung jede Theilnahme und jedes Interesse an der Sache ablehnen wollte, sondern nur so, daß der Herr Minister in diesem Augenblick sich nicht definitiv zu Weiterem fest entschließen könne. Und, meine Herren, die Thatsache steht doch noch nicht so ganz fest, ob die Verhältnisse dort nicht gestatten, daß der Bezirk oder bestimmte Leute, die wesentlich bei dem Brückenbau interessiert sind, ihren Beitrag doch noch um etwas erhöhen könnten. Das konnten wir in der Deputation und können Sie in der Kammer zur Zeit nicht übersehen. Wenn man aber dagegen berücksichtigt, daß diese Petition direct darauf gerichtet ist: die Kammer möge den Fehlbetrag von circa 180,000 Mark der königl. Staatsregierung zum Zweck der Erbauung einer Mulden-

brücke bei Trebsen zur Verfügung stellen, nun, meine Herren, so konnte eine solche directe Aufforderung zur Verwilligung einer bestimmten Summe Ihre Deputation Ihnen doch unmöglich zur Erwägung empfehlen. Aus diesem Grunde also bitte ich die Kammer, beim Beschluß der Deputation womöglich stehen zu bleiben.

Präsident Haberkorn: Wir kommen zunächst zu dem Antrag der Herren Abgg. Müller und Genossen. Er geht dahin:

„Die Kammer wolle beschließen:
die Petition des Bürgermeisters J. Müller zu Trebsen nebst Genossen der königl. Staatsregierung zur Erwägung zu überweisen.“

„Will dies die Kammer beschließen?“
Der Antrag ist mit 42 Stimmen abgelehnt.

„Will die Kammer beschließen:

„die Petition des Bürgermeisters Müller zu Trebsen und Genossen der Staatsregierung zur weiteren Kenntnißnahme in der Sache zu überweisen?“

Einstimmig: Ja.

Der Herr Referent!

Referent Penzig: Meine Herren! Nach Fertigstellung des Berichtes sind bei der Deputation noch vier Petitionen eingegangen und nach dem früheren Gebrauche habe ich im Auftrage der Deputation mündlich darüber zu referiren. Die erste Petition, die in Frage kommt, ist eingereicht von den Gemeindevertretern zu Hermannsdorf, Dörfel und Tanneberg, überreicht durch den Herrn Abg. Mehnert. Sie geht dahin, die Kammer möge sich dahin schlüssig machen, die königl. Staatsregierung zu ersuchen, den Bau einer Straße von Schlettau über Hermannsdorf, Dörfel und Tanneberg zum Anschluß an den Bahnhof in Schönefeld auf Staatskosten auszuführen. Es ist das ein ungefähr im Halbkreis um die Bahn Granzahl-Annaberg-Buchholz-Schönefeld sich herumziehender Straßenbau. Nachdem bereits früher von den betreffenden Gemeinden darum erfolglos petirt worden, haben sie mit der Amtshauptmannschaft Annaberg hinsichtlich eines Baues mit Staatszuschuß weiter verhandelt. Die Vertreter der Gemeinden Hermannsdorf und Dörfel versprachen auch, in dem von der Amtshauptmannschaft anberaumten Termine zu bauen. Die Gemeinde Tanneberg hingegen lehnte es ab, weil sie die Mittel dazu nicht aufzutreiben vermöchte. Hierauf hat dann die betreffende Amtshauptmannschaft die Gemeinden Hermannsdorf und Dörfel zum Bau angehalten; sie appellirten dagegen an die Kreishauptmannschaft, diese verwarf den eingewendeten Recurs und die Gemeinden bitten nun, da sie die Mittel dazu nicht besäßen, sie auch bereits